



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

VOGELSÄNGER ZUR ZUKUNFT DES KOMMUNALEN WOHNUNGSMARKTS

14.09.2010 Fachinformation

"Der sehr erfolgreiche Stadtumbau muss fortgesetzt werden, auch bei schwächer werdenden öffentlichen Haushalten. Allerdings führt kein Weg daran vorbei, Städte, die nach fast 20 Jahren mittlerweile einen guten Stand der Sanierung erreicht haben, aus der Städtebauförderung zu entlassen, um sich auf die Städte zu konzentrieren, die besonders unter dem demografischen Wandel leiden." so Brandenburgs Bauminister Jörg Vogelsänger am 14. September auf der von der BBA veranstalteten ImmoCom 2010 in Berlin. Bis 2020 werden in Phase II des Stadtumbaus weitere 35.000 Wohnungen abzureißen sein, der Schwerpunkt werde aber in der Aufwertung innerstädtischer Quartiere liegen. "Gleichzeitig brauchen wir in den Städten auch wieder Neubau", so Vogelsänger: "Wir haben in einigen Segmenten - wie etwa barrierefreie und kleinere Wohnungen für ältere Menschen - ein teilweise zu geringes Angebot. Wir konzentrieren auch die Förderung der generationsgerechten energetischen Modernisierung von Wohngebäuden auf die nachhaltige Entwicklung der Innenstädte. Ein wichtiges Instrument der Stabilisierung der Innenstädte ist und bleibt dabei die Förderung der Eigentumsbildung in den Innenstädten. Wer dort Eigentum bildet, der bekennt sich zu seiner Stadt und sorgt für eine stabile Einwohnerschaft." In Vorbereitung ist nach Vogelsängers Worten eine Rahmenvereinbarung des Bauministeriums mit dem BBU zu folgenden Schwerpunkten: Fortsetzung der Innenstadtstärkung und des integrierten Stadtumbaus; weiterer Rückbau in definierten Umfängen von den Stadträndern ausgehend; in Kombination mit sozialräumlicher, generationsgerechter und energetischer Weiterentwicklung der Wohngebiete im öffentlichen und privaten Umfeld; energetische Aufwertung der Wohnungsbestände als integraler Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik. Explizit unterstützte Vogelsänger die Forderungen nach einer AHG-Anschlussregelung. Diese sei erforderlich, um die Wohnungswirtschaft in den Stand zu versetzen, nicht nur Leerstände zu beseitigen, sondern weiter in generationsgerechte und energetische Wohnungsbestände und Quartiere zu investieren. Auch die vom Bund angekündigte Kürzung der KfW-Mittel für den Wohnungsbau sei in jeder Hinsicht kontraproduktiv.

<https://bbu.de/beitraege/vogelsaenger-zur-zukunft-des-kommunalen-wohnungsmarkts>